

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 73 (1979)
Heft: 10

Artikel: Christsein in der DDR : Interview mit Manfred Punge
Autor: Punge, Manfred
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142800>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Christsein in der DDR

Interview mit Manfred Punge

NW: Herr Punge, Sie sind Studienleiter an der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg. Welches ist die Aufgabe Ihrer Akademie?

Punge: Die Evangelische Akademie Berlin-Brandenburg hat gemäß ihrer Satzung die Aufgabe, Menschen in und außerhalb der Kirche eine neue Begegnung mit dem Evangelium zu ermöglichen. Dieser Aufgabenstellung versuchen wir gerecht zu werden durch Wochenendtagungen, Abendgespräche und Diskussionen zu verschiedenen Themen. Der wesentliche Akzent liegt dabei für uns darauf, persönliche Erfahrungen und gesellschaftliche Fragen mit christlichen Grundanliegen in Beziehung zu setzen.

NW: Kann man sagen, Ihre Akademie stehe unter einem «sozialistischen Apriori», sie habe mit andern Worten eine Grundentscheidung für den Sozialismus getroffen, die sie nicht mehr in Frage stelle?

Punge: Ich würde mit dieser Formulierung insofern einverstanden sein, als wir uns in unserer Akademie seit vielen Jahren bemühen, die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen wir leben, ernst zu nehmen und in unsere Arbeit einzubeziehen. Als Beispiel möchte ich nur erwähnen, daß die Akademie Berlin-Brandenburg die Verbindung zur Akademie in Westberlin schon vor der Schließung der Grenze am 13. August 1961 gelöst hat, und zwar aus der Erkenntnis heraus, daß die gemeinsame Arbeit unter so verschiedenen gesellschaftlichen Bedingungen gar nicht mehr möglich und sinnvoll ist.

«Kirche im Sozialismus» oder «Kirche für den Sozialismus»?

NW: Entspricht dieses «sozialistische Apriori» einer Grundhaltung der Kirche in der DDR? Ist sie nicht nur «Kirche im Sozialismus», sondern auch «Kirche für den Sozialismus»?

Punge: Zunächst könnte man natürlich fragen: Was ist hier mit Kirche gemeint? Wenn man die kirchenoffiziellen Erklärungen von Synoden oder leitenden Persönlichkeiten der letzten Jahre ansieht, kann man durchaus von einem gewissen «sozialistischen Apriori» reden, obwohl Sie im zweiten Teil ihrer Frage einen kritischen Punkt getroffen haben. Man hat immer wieder betont: Wir wollen nicht Kirche neben dem Sozialismus, nicht Kirche gegen den Sozialismus, sondern «Kirche im Sozialismus» sein. Aber ob dieses «im» nur geographisch zu verstehen sei oder ob es auch inhaltlich eine gewisse Option bedeute, darüber gibt es eben Diskussionen. Insofern kann man meiner Meinung

nach generell nicht von einer kirchlichen Entscheidung für den Sozialismus sprechen. Die Frage, wie nun diese Formel von der «Kirche im Sozialismus» auszulegen sei, ist noch weiter zu klären.

NW: Aber Sie persönlich würden diese sozialistische Option für die Kirche bejahen?

Punge: Etwa in dem Sinne, wie es in dem Brief der Bischöfe vom 15. Februar 1968 aus Lehnin heißt: «Als Staatsbürger eines sozialistischen Staates sehen wir uns vor die Aufgabe gestellt, den Sozialismus als eine Gestalt gerechteren Zusammenlebens zu verwirklichen.» In diesem Sinne würde ich mich zu der Gruppe rechnen, die eine Grundentscheidung für den Sozialismus vollzogen hat. Und wir versuchen auch in unserer Evangelischen Akademie immer wieder, in dieser Richtung wirksam zu werden.

NW: Gegen eine gerechtere Gesellschaft hat natürlich niemand etwas einzuwenden. Die Frage ist ja immer, welche Strukturen eine gerechtere Gesellschaft haben sollte. Die deutschen Kirchen haben die Möglichkeit einer Option für den Sozialismus, wie Sie ihn verstehen in der DDR, oder einer Option für den westlichen Kapitalismus in der Bundesrepublik Deutschland. Nun hören wir gerade von Carl Ordnung, daß er den DDR-Kirchen nicht nur «die Option für den westlichen deutschen Staat» vorwirft, sondern darin auch einen «schuldhaften Verrat am Evangelium» sieht. Wie würden Sie dieses harte Verdikt beurteilen?

Punge: In der Tat muß man, wenn man vom Weg der Kirchen in den dreißig Jahren der Existenz der DDR redet, von einer Fülle von Irrwegen sprechen. Und das hängt zusammen mit nachwirkenden geschichtlichen Traditionen oder nicht aufgearbeiteter Geschichte, zum Beispiel mit dem Problem des deutschen Nationalismus, der nach der Reichsgründung von 1871 unter bestimmten Verkampfungen und Verklemmungen entstanden ist. Darin liegt eine der wesentlichen Komponenten, die zur Entstehung des deutschen Faschismus geführt haben. Darin liegt auch ein Grund, der die Kirchen in der DDR daran gehindert hat, die politischen Realitäten als Herausforderung zur Option zu begreifen.

NW: Aber Carl Ordnung spricht im Anschluß an Bischof Albrecht Schönherr von einer «Option für den westlichen deutschen Staat». Daß es diese Option auch von seiten der DDR-Kirchen gegeben hat, ist wohl kaum zu leugnen.

Punge: Man kann meiner Meinung nach einen ganz deutlichen Einschnitt in den Jahren 1948/49 beobachten. Nach der Gründung der BRD und nachfolgend der DDR orientieren sich die Kirchen in der DDR mehr und mehr nach dem westlichen Gesellschaftsmodell und definieren ihre Aufgabe — das läßt sich durch Jahre hindurch verfolgen — im wesentlichen als Brückenfunktion zwischen den beiden Teilen

Deutschlands. Die Fixierung auf die Frage der nationalen Einheit aber ließ die Aufgaben gar nicht in den Blick kommen, die mit der unterschiedlichen gesellschaftlichen Entwicklung in den beiden deutschen Staaten gestellt waren.

NW: War der ominöse Militärseelsorge-Vertrag mit der westdeutschen Bundeswehr, dem 1957 auch die Kirche der DDR zugestimmt hat, ein Beispiel dieser Brückenfunktion? Wurden damit nicht gerade Brücken abgebrochen?

Punge: Eine der deutlichsten Formen dieser falschen Option — als Resultat eines nicht aufgearbeiteten Nationalismus — ist der Militärseelsorge-Vertrag gewesen, über dessen Tragweite sich die Kirchen hätten im klaren sein müssen, weil sie vorher von staatlichen Vertretern immer wieder darauf hin angesprochen worden sind. Das Faktum, daß der Militärseelsorge-Vertrag auch von den Bischöfen der DDR mitunterzeichnet worden ist, wurde von den Vertretern des Staates natürlich als eine Option für eine feindliche Armee verstanden. Das einzige Positive war, daß sich mit dem Abschluß des Militärseelsorge-Vertrages zugleich eine Wende andeutete und von diesem Augenblick an immer stärker oppositionelle kirchliche Gruppen aktiv wurden, die begannen, nach dem Spezifischen des Christseins in der DDR, in einer sozialistischen Gesellschaft also, zu fragen.

NW: War die «Option für den westlichen deutschen Staat» aber nicht durch die stalinistischen Perversionen des Sozialismus nach dem Zweiten Weltkrieg entschuldbar?

Punge: Sicher ist das eine Hypothek gewesen, daß die Deutschen im Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik den Sozialismus in der Stalin-Aera kennenlernten und daß sich damit bestimmte Strukturen, Mechanismen, Verhaltensweisen ausprägten, die der Glaubwürdigkeit des Sozialismus nicht gut getan haben. Aber trotz alledem wäre es doch möglich gewesen, sich einmal ernsthaft mit dem Marxismus-Leninismus wenigstens als Theorie zu beschäftigen und zu fragen, inwiefern stellt diese Theorie eine Herausforderung dar; zumal es ja Ansätze dazu gegeben hat, zum Beispiel in jenem wichtigen, aber wenig beachteten Darmstädter Wort des Bruderrates von 1947, wo es heißt: «Wir sind in die Irre gegangen, als wir übersahen, daß der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre die Kirche an den Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen. Wir haben es unterlassen, die Sache der Armen und Entrechteten gemäß dem Evangelium von Gottes kommendem Reich zur Sache der Christenheit zu machen.» Oder in den noch eindeutigeren Äußerungen religiös-sozialistisch geprägter Gruppen oder Personen wie Karl Kleinschmidt oder Emil Fuchs.

Marxistische Neueinschätzung des Christentums

NW: Heute gibt es also zwar noch keine eigentliche «Kirche für den Sozialismus» in der DDR, aber es gibt doch eine gewisse Hinwendung der DDR-Kirche zum Sozialismus. Findet diese Hinwendung auch ein Pendant in einer Neueinschätzung des Christentums durch die offiziellen Stellen der DDR?

Punge: Es ist gut, daß Sie danach fragen. Wir reden gern in den Kirchen von einem «Lernprozeß», den wir durchgemacht hätten zur «Standortfindung», vergessen oder übersehen dabei aber leicht, daß es auch innerhalb der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands so etwas wie einen Lernprozeß gegeben hat. So hat etwa Paul Verner, einer der maßgeblichen Repräsentanten der SED, in einer Rede von 1971 deutlich gesagt, in der Entwicklung der DDR hätten besonders die aus dem Bürgertum stammenden Menschen viele neue Einsichten gewinnen müssen. «Aber», fuhr er fort, «auch wir Marxisten lernten in dieser Zusammenarbeit manches hinzu. Im Blick auf den zurückgelegten Weg können wir mit Fug und Recht sagen: Indem wir grundlegend die gesellschaftlichen Verhältnisse änderten, änderten wir uns selbst.»

NW: Im Atheismus-Artikel der Großen Sowjet-Enzyklopädie, deren deutsche Fassung 1955 in Berlin herausgekommen ist, steht zu lesen: «Alle heutigen Religionen und Kirchen ... betrachtet der Marxismus stets als Organe der bürgerlichen Reaktion, die dem Schutz der Ausbeutung und der Verdummung der Arbeiterklasse dienen.» Ja, der «Kampf gegen die Religion» gilt hier geradezu als «Frontabschnitt des proletarischen Klassenkampfes gegen das Kapital». 1972 heißt es demgegenüber in der «Einführung in den dialektischen und historischen Materialismus», der die Qualität eines offiziellen Lehrbuchs zukommt, wesentlich differenzierter, die «Religion» sei «eine sehr widersprüchliche Erscheinung». Sie enthalte «zwei gegensätzliche Klassenlinien oder Traditionen»: «eine reaktionäre, den jeweils herrschenden Klassen (Sklavenhalter, Feudaladel, Kapitalisten) verpflichtete Tradition und eine progressive humanistische Tradition, die den Kampf der Volksmassen gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg, für Frieden, soziale Gerechtigkeit und ein besseres Leben widerspiegelt und die auch in der sozialistischen Gesellschaft noch weiterwirkt». Wie erklären Sie sich diese erstaunliche Neueinschätzung progressiver Elemente in der Religion?

Punge: Meiner Meinung nach sind es drei Komponenten, die hier wirksam geworden sind. Zunächst einmal gibt es seit der Mitte der sechziger Jahre intensive historische Forschungen auf dem Gebiet der frühbürgerlichen Revolution beziehungsweise der Reformationsgeschichte, vor allem aus Anlaß des Jubiläums der Reformation im Jahr 1967. Und diese Forschungen haben doch zu einer anderen Beurteilung zum

Beispiel Thomas Müntzers oder bestimmter mittelalterlicher Ketzerbewegungen geführt, als wir sie etwa noch bei Friedrich Engels finden können. Für Engels war Müntzer im Grunde ein Atheist, der, um verständlich zu bleiben, seine revolutionären Gedanken in ein religiöses Gewand kleiden mußte. Demgegenüber weist der DDR-Historiker Manfred Bensing in seinem 1967 erschienenen Werk «Die Reformation in Deutschland» darauf hin, daß Müntzer ohne das Ineinander von religiösen und sozialen Motiven unverständlich bleibt und wahrscheinlich auch geschichtlich unwirksam geblieben wäre. Ein zweites wichtiges Phänomen ist das Aufkommen von Befreiungsbewegungen, von revolutionären Bewegungen in der Dritten Welt, besonders in Lateinamerika, Entwicklungen, die von den Gesellschaftswissenschaftlern in der DDR sehr aufmerksam verfolgt und analysiert worden sind. Und drittens wären natürlich auch jene Erfahrungen zu erwähnen, die Marxisten in der DDR mit Kirchen und Christen gemacht haben. Ich erinnere mich an ein Gespräch bei einer vom Friedensrat in der DDR durchgeführten Veranstaltung mit einem Kommunisten, der lange Zeit in einem Konzentrationslager gesessen hatte, der mir sagte: «Wenn mir das jemand vor ein paar Jahren gesagt hätte, daß ich einmal an so einer Veranstaltung mit Pfarrern so reden könnte, dem hätte ich das nicht geglaubt.» Dieser Mensch war glücklich über diese Erfahrung. Ich glaube, die drei Dinge zusammengenommen haben zu einer viel differenzierteren Einschätzung des Phänomens Religion beziehungsweise Christentum oder Kirche auch auf seiten der Marxisten geführt.

NW: Leonhard Ragaz hat einmal sinngemäß gesagt, der Marxismus sei ein Messianismus ohne Messias, derweil die Kirche einen Messias ohne Messianismus verkündigt habe. Ihre Kirche ist heute eher bereit, Verkündigung und Sozialismus zu verbinden. Gibt es auch im Marxismus der DDR eine Tendenz, das eigene politische Tun vor die Sinnfrage zu stellen?

Punge: Ihre Frage ist so formuliert, daß ein Marxist in der DDR wahrscheinlich sehr viele Gegenfragen hätte. Ich kann Ihnen nur antworten, daß es in den letzten Jahren als Reaktion auf bestimmte gesellschaftliche Erscheinungen verstärkte Bemühungen unter marxistischen Gesellschaftswissenschaftlern gibt, Fragen der Ethik und der politischen Moral bis hin zur Sinnfrage zu diskutieren. Ich habe den Eindruck — meine Kenntnisse sind da nicht so genau —, daß diese Diskussionen weiterhin im Gang sind und daß wir daher noch nichts über konkrete Ergebnisse sagen können. Ein anderes Phänomen, das in den Zusammenhang ihrer Frage gehört, ist, daß im Bereich der Belletristik, auch bei marxistischen Autoren, derartige Fragen immer stärker eine Rolle spielen.

NW: Besteht von daher auch ein Bedürfnis der marxistischen Seite

nach Kommunikation mit Christen, zum Beispiel mit Ihrer Akademie?
Punge: Es gibt — wegen des strikten Prinzips der Trennung von Kirche und Staat — keine institutionellen Kontakte zwischen kirchlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen. Es gibt aber Gesprächsgruppen auf verschiedenen Ebenen von kirchlichen Vertretern und Vertretern des Staates, wo es durchaus zu solchen Gesprächen kommt. Ich selbst gehöre zu einer kleinen Gruppe, die jeden Monat zu solchen Gesprächen zusammenkommt.

Christliches Salz für die marxistische Erde?

NW: Gerhard Bassarak, der frühere Leiter Ihrer Akademie, schreibt in dem von Walter Jens herausgegebenen Sammelband «Warum ich Christ bin?», daß Christsein eine missionarische Konsequenz habe. Wie sehen Sie die missionarische Aufgabe eines Christen in der Gesellschaft der DDR?

Punge: Die Gesellschaft der DDR kann man als eine programmatisch radikal säkularisierte Gesellschaft bezeichnen, als eine Gesellschaft, die keiner religiösen Verbrämungen mehr bedarf. Es ist in dieser Gesellschaft für mein Empfinden wenig sinnvoll, missionarische Großaktionen zu veranstalten. Ich halte es für viel wichtiger und wirksamer, wenn der einzelne Christ an der Stelle, wo er tätig ist, Rede und Antwort stehen kann auf Fragen seiner säkularisierten nichtchristlichen Zeitgenossen, und das sind nicht nur Marxisten. Nicht weniger wichtig ist es, in bestimmten Sachfragen als Christ kompetent Stellung zu nehmen. Und damit kann ich auf die Aufgabe unserer Akademie zurückkommen, die eben darin besteht, durch Informationen und durch Orientierungshilfen — ja, wir bringen es gern auf die Formel — «Gemeindeglieder zu mündigen Christen zu machen».

NW: Können Sie der These von Carl Ordnung zustimmen, daß der Sozialismus in der DDR attraktiver wäre, wenn es mehr christliches Salz für die marxistische Erde gäbe?

Punge: Ich bin eigentlich überrascht über diesen Satz von Carl Ordnung, den ich gut kenne und sehr schätze. Der Satz klingt mir fast ein bißchen zu selbstbewußt, als ob am christlichen Wesen die Welt genesen sollte. Ich würde es nie wagen, so zu formulieren, weil ich meine, daß es uns gut ansteht, nach allen Irrwegen, die wir gegangen sind, viel bescheidener, zurückhaltender zu sein in unseren Urteilen über gesellschaftliche Fragen, oder, mit Dietrich Bonhoeffer gesagt, dienend und nicht herrschend an den weltlichen Aufgaben des menschlichen Gemeinschaftslebens teilzunehmen.

NW: Meint Carl Ordnung nicht gerade dieses Element des Dienstes?

Punge: So wie ich Carl Ordnung kenne, vermute ich das sehr stark. Nur, daß wir, die kleine Minderheit von Christen, dadurch den Sozialismus

attraktiver machen könnten, das halte ich für eine sehr große Aussage.

NW: Aber eine der Schwierigkeiten des Sozialismus in der DDR besteht doch darin, daß die Menschen zu wenig motiviert sind, sozialistisch zu denken und zu handeln. Die Kirche, die an den bürgerlichen Verhaltensmustern der Menschen nicht ganz unschuldig ist, könnte daher durchaus den Auftrag haben, hier einiges gutzumachen.

Punge: Daß unsere Kirchen bürgerlich oder kleinbürgerlich geprägte Kirchen sind, das ist ein soziologisches Faktum, das wir ernst zu nehmen haben. Umso mehr erscheint es mir notwendig, durch Reflexion und Information bestimmte Ressentiments, die in unseren Kirchen gegenüber dem Sozialismus vorhanden sind, zu überwinden, Menschen zu helfen, Handlungsfreiheit zu gewinnen, aus Verengungen, Verklemmungen, Vorbehalten herauszukommen und wirklich handlungsfähiger zu werden im Sinne der gesellschaftlichen Verantwortung.

NW: «Salz der Erde» müßte auch heißen: Kritik an den Verhältnissen, ebenfalls Kritik an den institutionellen Formen des Sozialismus, und zwar gerade aufgrund einer sozialistischen Option, einer «Theologie des Sozialismus», wie Vekoslav Grmic sagt. Inwiefern ist solche Kritik in der DDR möglich?

Punge: Genau das entspricht meiner ganz persönlichen Erfahrung: Je klarer es für marxistische Gesprächspartner ist, daß wir eine sozialistische Option vollzogen haben, desto eher sind sie bereit, auch kritische Anfragen zur Kenntnis zu nehmen. Je mehr Vertrauen, nicht nur menschliches sondern auch politisches Vertrauen, in einer Zusammenarbeit da ist, desto offener kann das Gespräch zwischen Marxisten und Christen werden. Ich habe das erlebt etwa bei der Mitarbeit in einer Gewerkschaftsgruppe oder auf dem Boden der Nationalen Front in der Arbeitsgruppe «Christliche Kreise». (Zur Erklärung: Die Kirchen sind die einzigen Organisationen in der DDR, die nicht gesellschaftlich im Sinne des Zentralismus integriert sind. Darum gibt es auf dem Boden der Nationalen Front, einer Massenbewegung, in der alle politischen Gruppierungen vertreten sind, auch eine sogenannte Arbeitsgruppe «Christliche Kreise», die zu monatlichen Gesprächen einlädt über bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen auf der lokalen, der innenpolitischen und der außenpolitischen Ebene. Sie übt eine wichtige Funktion im Miteinander von Marxisten und Christen aus.)

Sozialistische Option als konstantinische Versuchung?

NW: Kann die sozialistische Option in der DDR nicht auch zur Versuchung der Kirchen und der Christen werden — ähnlich wie die kapitalistische Option zur menschenrechtlich getarnten Versuchung der Kirchen und der Christen im Westen geworden ist? Man ist Christ oder Kirche für den Sozialismus, weil sich durch diese «Anpassung» in

einem sozialistischen Staat «bequemer» leben läßt. Die Art, wie das Treffen von Bischof Schönherr mit dem Staatsratsvorsitzenden Honnecker am 6. März 1978 von der Kirche in der DDR gewürdigt wird, könnte das ungute Gefühl aufkommen lassen, als sei die Kirche zu einem «do ut des» bereit, das mehr an die konstantinische als an die progressive Tradition im Christentum erinnert. Die ausgehandelten Erleichterungen oder auch schon Privilegien werden unter dem Zeichen der institutionellen Stärkung gesehen. Am liebsten würde man sich vom sozialistischen Staat gleich noch öffentlich-rechtlich anerkennen lassen.

Punge: Genau diese Sorge habe ich an einigen Stellen auch, obwohl in den Kirchen diese Frage nicht gerne gehört wird. Zunächst einmal findet das, was am 6. März 1978 sichtbar geworden ist, meine volle Zustimmung, da ich seit den fünfziger Jahren mich zu denen rechne, die sich bewußt um eine christliche Existenz in der sozialistischen Gesellschaft bemüht haben und die darum in der Kirche als links und rot und einiges andere verschrien gewesen sind. Ich bin also glücklich darüber, daß dieser Schritt endlich getan worden ist. Ich sehe natürlich auch das Problem, daß in der Möglichkeit, bequemer zu leben, sich zu arrangieren, vielleicht sogar gewisse neue Privilegien aushandeln zu können, eine Versuchung und eine Gefahr liegt, die Gefahr eines innerkirchlichen Opportunismus, der nur noch darauf sieht, errungene Privilegien zu erhalten oder auszubauen, statt, wie es in der Ordnung des Bundes der Evangelischen Kirchen heißt, Gemeinschaft für Zeugnis und Dienst zu sein, daß also alte volkshkirchliche, konstantinische Strukturen wieder durchschlagen. Das ganz große Problem besteht, daß wir Minderheitskirchen geworden sind. Wir sind nicht mehr so privilegiert wie früher, aber von den Strukturen und vor allen Dingen von der Mentalität her sind wir weitgehend noch volkshkirchlich geprägt. Und diese Differenz zu überwinden, halte ich für eine enorm wichtige Aufgabe.

NW: Könnte die Freiheit der Kirche in der DDR nicht gerade durch staatliche Erleichterungen und Privilegien beeinträchtigt werden? Ist es nicht vielleicht sogar eine gewisse Taktik von seiten der DDR-Behörden, daß sie versuchen, durch solche Erleichterungen oder Privilegien die Kirchen zu gängeln?

Punge: Ich bin kein Mitarbeiter beim Staatssekretär für Kirchenfragen. Andererseits glaube ich, daß auf dem Boden der Politik immer ein gewisses Maß an Taktik, das heißt Gewinnung von Vorteilen im einseitigen oder gegenseitigen Interesse mit im Spiel ist. Warum sollte so etwas nicht auch in der Kirchenpolitik vorkommen.

NW: Die Gefahr ist natürlich, daß von seiten der Kirche eine ähnliche Taktik im Spiel ist.

Punge: Genauso.

NW: Wird diese Gefahr gesehen? Wird darüber diskutiert in den Kirchen der DDR?

Punge: Es gibt zumindest Gruppen innerhalb unserer Kirchen, die diese Gefahr sehen und darüber sprechen. Und zwar sind es vor allem die nicht traditionellen Gruppen oder Gemeinden, die sich seit Jahren darum bemüht haben, nicht-volkskirchliche Lebensformen zu entwickeln. Sie machen nicht die Mehrheit der Gemeindeglieder aus, haben aber nach meinem Eindruck in den letzten Jahren zunehmend an Gewicht gewonnen.

Probleme einer demokratischen Gesellschaft

NW: Sie haben in ihrem Referat «Christsein in der DDR» vom vergangenen 9. September in der Paulus-Akademie den Sozialismus u. a. durch das Element zentral gelenkter Planung definiert und dieser eine Vernunft unterstellt, wie sie unter marktwirtschaftlichen Bedingungen zum vornherein unmöglich wäre. Ist ein Kriterium der Vernunft aber nicht die kollektive Übereinstimmung der Menschen? Und wie kann diese Übereinstimmung erreicht werden, wenn die letzte Entscheidungsgewalt über die Planung in der Hand einer relativ kleinen Zahl von Funktionären des Staates und der Partei liegt?

Punge: Das ist eine sehr weitreichende und schwerwiegende Frage, die mich schon lange beschäftigt, und zwar gerade auf dem Hintergrund der Diskussion um Menschenrechte und bürgerliche Freiheiten. Auch angesichts bestimmter Erfahrungen und Erscheinungen innerhalb kirchlicher Entscheidungsgremien ist mir diese Frage gekommen: Wie sind sinnvolle Mechanismen der Mitentscheidung und Mitverantwortung möglich? Eine der Bedingungen ist ja Informieren und Informiertsein. Und je komplizierter und unüberschaubarer die Probleme werden, desto schwieriger ist es, eine richtige Information zu erreichen, desto größer wird immer wieder die Gefahr der Manipulation. Aus unserer Akademiearbeit habe ich den Eindruck, daß Mechanismen der Mitbestimmung und Mitverantwortung in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften noch relativ gut funktionieren, weil es sich um überschaubare Bereiche handelt und weil es noch ein funktionierendes Kommunikationssystem auf dem Lande gibt. Ich sehe die Schwierigkeit in den Strukturen einer modernen Industriegesellschaft mit ihren Großbetrieben, mit ihren komplexen und sehr arbeitsteiligen Produktionsvorgängen, wo diese Bedingungen nicht mehr vorhanden sind. Wie in diesen Bereichen mehr oder eine besser funktionierende Demokratie möglich wäre, das ist für mich eine brennende, aber leider eine offene Frage.

NW: Machen sich die Verantwortlichen in der DDR nicht auch Gedanken über dieses Problem?

Punge: Gewiß. Wenn Sie sich die offiziellen Regelungen ansehen, zum Beispiel im Arbeitsgesetzbuch oder in den betrieblichen Kollektivverträgen, werden Sie entdecken, daß es sehr gut durchdachte Strukturen der Kommunikation, der Rückkoppelung gibt. Das Problem ist nur, daß in der Praxis diese Mechanismen nicht so wirksam werden, wie sich das ihre Autoren gedacht haben. Hinzu kommt das Fehlen von demokratischen Traditionen in der deutschen Geschichte; denn auch die Weimarer Republik, eigentlich die einzige längere Phase für die Einübung von Demokratie, war ja die ungeliebte Republik, die dann auch an der Kritik der Rechten zugrunde gegangen ist.

NW: Was uns Sozialisten in der Schweiz die Solidarisierung mit dem DDR-Sozialismus gegenüber dem bürgerlichen Antikommunismus erschwert, wenn nicht überhaupt verunmöglicht, ist auf der einen Seite diese Zentralisierung aller Entscheidungsgewalt und auf der andern Seite eine, wie uns scheint, allzu eng bemessene Meinungsfreiheit. Hinzu kommt eine Militärpolitik, die vor allem uns Religiösen Sozialisten zu schaffen macht. Was antworten Sie den linken Kritikern am Sozialismus in der DDR?

Punge: Zunächst einmal antworte ich linken Kritikern aus westlichen Ländern: Es ist etwas anderes, ob man eine Theorie zur Umgestaltung einer Gesellschaft entwirft, die weithin ideale Züge trägt, oder ob man vor der Aufgabe steht, eine solche Theorie auf Grund veränderter Machtverhältnisse in die gesellschaftliche Realität zu transponieren. Das geht nicht ohne Kompromisse, ohne Abstriche von dem ursprünglichen Programm, und das geht meiner Meinung nach in vielen Punkten auch nicht ohne Zwang, ohne Ausübung von Macht. Nehmen Sie zum Beispiel die Entwicklungen in Chile und Portugal. Ich bin der Meinung, daß der Verzicht auf bestimmte Zwangsmaßnahmen ein wesentlicher Grund für das Nichtgelingen der dort eingeleiteten Revolutionen gewesen ist. Das gilt umso mehr, als ja alle revolutionären Umwandlungen immer massiven Störversuchen von außen ausgesetzt gewesen sind. Da war so bei der Oktoberrevolution in der Sowjetunion, das war nicht anders in der dreißigjährigen Geschichte der DDR.

Ein anderer Gesichtspunkt ist von uns schon früher im Gespräch berührt worden. Sicher spielt es auch eine Rolle, daß wir in der DDR mit der Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft begonnen haben unter einer unglücklichen geschichtlichen Konstellation, in der Aera Stalins, und zugleich in einem Volk, das durch zwölf Jahre Faschismus in seinem politischen Denken erheblich deformiert war, mit Menschen also, die sehr weit weg waren von den Haltungen und Einstellungen, die zum Aufbau des Sozialismus aus voller Ueberzeugung nötig gewesen wären. Und sicher wirken manche der damals entwickelten Strukturen bis heute nach.

Ein letzter Punkt dazu, der mir wichtig zu sein scheint: Es gibt in der DDR eine gewisse Kluft zwischen dem offiziellen Bild der Gesellschaft und der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Unsere Gesellschaft ist angetreten mit einem sehr hohen Anspruch. Die Einlösung dieses Anspruchs ist schwierig, schwieriger, als sich das manche Marxisten am Anfang vorgestellt haben. Und daher eine gewisse Ungeduld, eine Neigung, zu beschönigen oder Probleme schon als gelöst darzustellen, die noch gar nicht gelöst sind. Ich sehe eine der wichtigsten Aufgaben in unserer Gesellschaft darin, über diese Differenz zwischen Anspruch und noch nicht eingelöstem Anspruch nachzudenken und zu sprechen. Ich bin überzeugt, das würde in der DDR zu vielen Entkrampfungen führen können.

NW: Wie beurteilen Sie die nähere Zukunft der DDR?

Punge: Es gibt für mich auf Ihre Frage keine eindeutige Antwort. Zwei Aspekte erscheinen mir wichtig: Auf der einen Seite sehe ich Entwicklungen auf uns zukommen, die mich bedenklich machen. Ich meine die neue Etappe des Wettrüstens, die offensichtlich eingeleitet wird und die zu einer weiteren Eskalation in diesem Bereich führen kann. Ich denke auch an die Vorgänge auf dem Sektor der Rohstoff- und Energieversorgung, die die DDR vor ernsthafte wirtschaftliche Probleme stellen. In beiden Fällen weiß ich nicht, welche gesellschaftspolitischen Auswirkungen sich daraus ergeben.

Auf der anderen Seite bin ich sehr froh, daß wir seit einigen Jahren in der DDR eine Entwicklung haben, gerade auf dem Gebiet der Kulturpolitik, durch die viele Dinge möglich geworden sind, auf die wir vorher lange gewartet haben. Wir haben eine Reihe von sehr guten Veröffentlichungen bekommen, von bekannten, prominenten, aber auch von jungen, bisher unbekanntem Autoren, die gesellschaftlich relevante Fragen in einer sehr nachdenkenswertem Weise ins Gespräch bringen. Und das erfüllt mich mit großer Hoffnung.

NW: Herr Punge, wir danken Ihnen für Ihre offenen Ausführungen und wünschen Ihnen alles Gute für Ihr weiteres Wirken in Ihrer Heimat.

Der Kommunismus ist nicht an Rußland gebunden . . . Mag er auch in Rußland zeitweilig einer gewissen Erschöpfung verfallen, was möglich, wenn auch nicht sicher ist, so wird er doch in der ganzen übrigen Welt, besonders in der asiatischen, afrikanischen und zum Teil auch in der amerikanischen als Flamme weiterziehen und eines der zentralen, wenn nicht gar, in Verbindung mit Christus, das zentrale Problem der Welt sein. Wir tun gut, uns darauf einzustellen.

(Leonhard Ragaz, Das Problem Rußland, NW 1945 508)
